

Doch trug die Grundkonzeption der bürgerlichen Strafprozeßtheorie zu dieser Frage bereits den Keim des gefährlichen Abgleitens in sich. Und dieser Keim erwuchs aus der idealistischen Ausgangsposition. Denn von dem Ratlosstehen vor dem, was nicht erkennbar ist, über den Zweifel und die Resignation, über die Skepsis bis zum frivolen Nichtmehrwithignehmen der Wirklichkeit und damit bis zur Willkür sind es nur Schritte. Das beweist ein Studium der einschlägigen Literatur. Es beginnt mit verhältnismäßig zurückhaltenden Äußerungen wie der von Dohna: „Die Überzeugung des Gerichts von der Schuld des Angeklagten vermöge nie den Grad absoluter Gewißheit zu erreichen.“ Es setzt sich fort in einer so skeptischen Feststellung wie der von Groß: „Wie man eine scharfe Grenze zwischen Annahme, Möglichkeit, Voraussetzung, Wahrscheinlichkeit, hoher Wahrscheinlichkeit, halber Gewißheit und absoluter Sicherheit ziehen könnte, hat noch niemand gesagt.“ Es geht schon an die Grenze des Erträglichen, wenn Alsberg das Postulat aufstellt, der Strafrichter müsse „bewußt das Risiko des Irrtums auf sich nehmen“. Und es findet in dem Versuch der wissenschaftlichen Begründung seinen Höhepunkt in den Sätzen von James Goldschmidt: „Für die prozessuale Betrachtungsweise hat der recht, der voraussichtlich recht behalten wird; sie ist, wenn man so sagen will, moralinfrei. Es ist im Prozeß wie im Krieg und in der Politik.“ So zu lesen in seinem „Prozeß als Rechtslage“ auf Seite 292, wo er in einer Anmerkung unter Bezugnahme auf eine damals vertretene Völkerrechtstheorie weiter erklärt, man könne sagen, „daß der siegreiche Prozeß die letzte Norm ist, die darüber entscheidet, wer recht hat“. Hier wird wirklich sichtbar, wie der Imperialismus seinen unmittelbaren Niederschlag in der Strafprozeßtheorie findet.

Später wurde es dann noch etwas anders. In dem im Jahre 1943 erschienenen Lehrbuch über das deutsche Strafverfahren beschränkt der offen faschistische Professor Henkel seine Ausführungen über die Erforschung der Wahrheit (auf einer knappen halben Seite) lediglich darauf, daß es eine „das Gericht bindende Feststellung durch den Parteiwillen“ wie im Zivilprozeß im Strafverfahren nicht gebe, und verweist zur Begründung seiner Behauptung, das Gericht müsse „auf den Grund der Wahrheit“ kommen, ausgerechnet auf die Carolina Kaiser Karls V.!

Das ist doch kein Zufall. Wir sehen doch in dem Ausweichen vor **einer ernsthaften Auseinandersetzung und in der Abstandnahme** von einer klaren Position zu diesem Problem die Kehrseite des obersten sogenannten Rechtssatzes, den der Faschismus kannte: „Recht ist, was dem Volke nützt“ (wobei ich auf den Mißbrauch des Wortes Volke hier nicht eingehen will). Auf unser Problem weitergeführt, ist er sicher mit den Worten: „Wahr ist, was dem Volke nützt“ richtig interpretiert.

Man soll uns nie entgegenhalten können, wir hätten mit anderen Vorzeichen ebenso formuliert und etwa gesagt: „Recht und wahr ist, was der Arbeiterklasse nützt.“ Wir haben eine festere, eine sicherere Ausgangsposition. Im Bewußtsein von der Richtigkeit unserer Sache erklären wir genau umgekehrt: „Was recht ist, was wahr ist, nützt der Arbeiterklasse.“